

# Wiesbadener Tagblatt.

49. Jahrgang.

Erscheint in zwei Ausgaben. — Bezugs-Preis: durch den Verlag 50 Pfg. monatlich, durch die Post 2 Mk. 50 Pfg. vierteljährlich für beide Ausgaben zusammen.

Verlag: Langgasse 27.

17,500 Abonnenten.

Anzeigen-Preis:

Die einseitige Zeilzeile für lokale Anzeigen 15 Pfg., für auswärtige Anzeigen 25 Pfg. — Reklamen die Zeilzeile für Wiesbaden 50 Pfg., für Auswärts 1 Mk.

Anzeigen-Aufnahme für die Abend-Ausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr Nachmittags. — Für die Aufnahme später eingereicherter Anzeigen zur nächsterfolgenden Ausgabe wird keine Gewähr übernommen, jedoch nach Möglichkeit Sorge getragen.

No. 50.

Redaktions-Zersprecher No. 52.

Mittwoch, den 30. Januar.

Verlag-Zersprecher No. 2206.

1901.

## Abend-Ausgabe.

### Strafrechtsreformen.

Unter den zahlreichen Initiativanträgen, die dem Reichstag diesmal vorliegen, befindet sich ein verhältnismäßig starker Prozentsatz solcher Anträge, die sich auf die Reform des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung beziehen. Es ist dies eine Erscheinung, die wir in jeder Session des Reichstags zu verzeichnen haben. Und die ständige Wiederkehr dieser Reformwünsche und das Auftauchen immer neuer zeigt deutlich, dass alles Andre, was reformbedürftig unser Strafrecht ist.

Und wen wollte das Wunder nehmen? Unser Strafrecht ist drei Jahrzehnte, unsere Strafprozessordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz über zwei Jahrzehnte alt. Es ist nicht erstaunlich, sondern selbstverständlich, daß sich in dieser Zeit einer ganz besonders starken wirtschaftlichen und sozialen Fluktuation allgemach mannigfache und wachsende Bedürfnisse nach Reformen auf dem Gebiete des Strafrechts geltend gemacht haben. Die überaus rege Thätigkeit, welche die Gesetzgebung besonders im Laufe des letzten Jahrzehnts auf dem Gebiete des Civilrechts entfaltet hat, es zu Wege gebracht, daß das Strafrecht hierbei zu kurz kam, sodas von den Strafrechtslehrern in der letzten Zeit immer stärker Klage über die stiefmütterliche Behandlung des Strafrechts erhoben worden ist.

So lange die Gesetzgebung mit der Schaffung und der Verwaltung mit der Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches beschäftigt war, sind wir damit vertröstet worden, daß nach dem Abschluß dieser gewaltigen Reform des Civilrechts die Reform des Strafrechts auf die Tagesordnung gesetzt werden würde. Heute ist davon garnicht mehr die Rede und allem Anschein nach ist nicht die geringste Aussicht vorhanden, daß in den nächsten Jahren an eine umfassende Reform des Strafrechts gegangen wird, obwohl eine solche Reform mit jedem Jahre dringlicher wird.

Der beste Beweis dafür, daß auch die Regierung von der Nothwendigkeit dieser Reform überzeugt ist, ist die Thatfache, daß sie schon im Jahre 1895 den Versuch machte, in der dem Reichstag vorgelegten sogenannten Justiznovelle eine Anzahl Abänderungen der Justizgesetze herbeizuführen. Der Versuch scheiterte bekanntlich, weil die Regierung die Zugeständnisse, welche sie gegenüber den seit langer Zeit erhobenen Forderungen machte, mit so viel Verschlechterungen des bestehenden Zustandes verknüpfte, daß die überwältigende Mehrheit des Reichstags sich mit Recht auf den Standpunkt stellte: Besser keine Reform als eine solche, die jenen Namen nicht verdient.

Da die Regierung seitdem keinen neuen Versuch zur Herbeiführung von Reformen auf dem Gebiete des Strafrechts gemacht hat, das Bedürfnis nach solchen Reformen, insbesondere nach der Einführung der Berufung gegen die Urtheile der Strafkammer, nach der Einführung des Nachweises und dergleichen mehr aber immer stärker wurde, sind die Initiativanträge zur Reform des Strafrechts seitdem zu einer ständigen Institution im Reichstag geworden, ohne daß diesen eifrigen Bemühungen bisher gesetzgeberische Erfolge beschieden waren.

Von den Anträgen, die diesmal dem Reichstag vorliegen, sind die Anträge Rintelen, Rengmann und Salisch alte Bekannte. Die Anträge, mit denen sich die achte Kommission des Reichstags bereits beschäftigt hat, betreffen die Einführung der Berufung, die Einführung des Nachweises statt des Vorweises, die Einschränkung der Thätigkeit der Geschworenengerichte zu Gunsten der Strafkammern, die Aufhebung des fliegenden Gerichtshofes der Presse und noch mehrere andere Punkte von sekundärer Bedeutung. Aber wir wollen uns keinen Illusionen darüber hingeben, daß alle diese Anträge, obwohl sie zumeist sehr wünschenswerthe Reformen darstellen, irgend welche Aussichten hätten, zum Gesetz erhoben zu werden.

Die Regierung hat schon f. Zt. bei der Verathung der Justiznovelle erklärt, daß sie sich nicht die Rosinen aus ihrem Kuchen herausnehmen lassen wolle. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß sie die allgemein geforderten Reformen auf dem Gebiete des Strafrechts nur gegen sogenannte Kompensationen bewilligen könne, und es scheint nicht, als ob sie jetzt mehr geneigt sei als früher, von diesem Standpunkt abzugehen. Gewisse Aussichten hat vielleicht der Versuch, dem unerträglichem Uebel des fliegenden Gerichtshofes der Presse ein Ende zu machen. Die achte Reichstagskommission hat bereits einen diesbezüglichen Antrag angenommen, jedoch mit der Einschränkung, daß bei Privatbeleidigungsklagen nach wie vor der Wohnsitz des Klägers für den Gerichtsstand maßgebend sein soll.

Nicht ohne Aussicht ist ferner der Versuch, den diesmal ein Antrag Rintelen macht, dem Unfug des „Groben Unfugparagrafen“ ein Ende zu machen. Dagegen

haben die anderen Strafrechtsanträge, welche dem Reichstag vorliegen, so auf Abänderung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen und Andere mehr, keinerlei Aussicht auf praktischen Erfolg. Auch der längst versprochene Gesetzentwurf, der den Beginn der Strafmündigkeit von dem 12. Lebensjahr auf das 14. setzen soll, ist dem Reichstag noch immer nicht zugegangen. Es ist überhaupt bedauerlich, daß wir uns mit dieser gesetzgeberischen Thätigkeit auf dem Gebiete des Strafrechts befassen müssen. Aber da fürs Erste keine Aussicht auf eine Reform des Strafrechts vorhanden ist, werden wir uns bis auf Weiteres wohl oder übel mit Strafrechtsreformen begnügen müssen.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 29. Januar.

Die Verathung des Etats des Reichsamts des Innern, Titel „Staatssekretär“, wird fortgesetzt. — Abg. Fürst Bis-marck (fraktionslos) erklärt, er theile durchaus die Ansicht der „Freisinnigen Zeitung“, daß eine solche Art der Debatteführung durchaus nicht wünschenswerth sei. Zu dem Abg. v. Siemens gewendet, bemerkt Redner, wäre die freihändlerische Doktrin richtig, so müßte sie doch werdende Kraft haben, aber gerade die Schutzzoll-Politik mache Fortschritte, und besonders in Amerika und Rußland, zum Nachtheil ihres Exports. Wenn Herr v. Siemens den Landwirthen empfehle, vom Getreidebau zur Viehhaltung überzugehen, so übersehe er, wach bedauerliche Bedeutung die Maul- und Klauenseuche habe, und wie sehr die freihändlerische Linke selbst energischen Abwehrmaßregeln gegen diese Seuche Widerstand leiste. Wenn man immer von Brodwucher rede, dann wolle er darauf erwidern, daß einen solchen doch nur Bäder treiben könnten. Bei Schafgrundbesitzern könne doch höchstens von Getreidewucher die Rede sein. Die Zölle seien jedenfalls unentbehrlich, sie seien nichts als ein ausreichender Ausgleich. (Beifall rechts.) — Abg. Paschke (freil. Ver.) erwidert dem Vorredner, wenn dessen Freunde etwa die Veratung des Zolltariffs überführen wollten, so wolle er, Redner, mit seinen Freunden erklären, daß sie sich an einer ganz genauen Prüfung des Tariffs nicht hindern lassen würden, und die Herren sollten sich ja nicht wundern, wenn hier eine Gegenbewegung entstehe, welche die bei dem Fleischschau-gesetz und bei der lex Heinze an Stärke noch weit übertriffe. Der Anfang dazu sei schon gemacht. Der Handelstag habe ein Urtheil zu der Handelsvertrags-Politik abgegeben, wie es deutlicher nicht sein könnte. Was die Ausführungen des Abg. Singer anlangt, so erinnere er daran, daß gerade innerhalb der Socialdemokratie die Meinungen über die Schutzzoll-Politik sehr getheilt seien. Man möge nur an Neuherungen der Herren Schippel und Galmert denken. Nachdem Redner noch sein Bedauern ausgedrückt, daß in dieser Frage die National-liberalen nicht auf der Seite seiner Freunde seien, wendet er sich dem Abg. Arndt zu und behauptet dabei, daß die Höhe unseres Aufschwunges erfolgt sei während der gegenwärtigen Handelsverträge. Gegen die Verschulbung der Landwirtschaft würden den Bauern auch die Zölle nicht helfen, da diese nur eine große Maßregel, nämlich die innere Kolonisation. Eins aber könnten doch die Herren rechts unter keinen Umständen aus der Welt schaffen. Mit den Zöllen würden sie nicht nur die Bodenrente, sondern auch den Bodenwerth steigern, und damit werde für die Landwirtschaft die Produktion verteuert. Redner schildert schließlich die Belastung des Einzelnen durch die Kornzölle und verweist endlich auf eine Schilberung Treibschichtes von den Zuständen in Frankreich vor der großen Revolution. Die schamloseste Selbstsucht sei rücksichtslos befriedigt worden, während der kleine Mann niedergedrückt und beachtet zur Seite stand. Man möge sich hüten, daß einst ein Geschichtsschreiber der Zukunft das Gleiche von den heutigen Zuständen sage. (Beifall links.) — Abg. Dertel (konf.) kann keinesfalls zugeben, daß ein Professor wissen könne, wo ein Landwirth der Schuß drückt. Dieser selbst wisse das Feld besser, als der gelehrteste Herr. (Beifall rechts.) Noch weniger aber wisse es Herr Paschke, den die „Freisinnige Zeitung“ den Geheimen Oberbauern genannt habe. Socialdemokraten, freisinnige Volkspartei und freisinnige Vereinigung bildeten den großen Heerbau zur Bekämpfung des Brodwuchers. Aber mit der Einigkeit innerhalb dieser Phalanx sehe es sehr schlimm aus. Zu dem Artikel des „Vorwärts“ vom 18. Januar bemerkt Redner, daß das günstige Urtheil der Geschichtsschreiber über die Hohenzollern noch fortdauern werde, wenn die Socialdemokraten längst vergessen sein würden. — Abg. Fischbeck (freil. Volksp.) stellt gegenüber dem Abg. Bismarck fest, daß der größte wirtschaftliche Aufschwung des Handelsverträgen zu verdanken sei, also der Caprivischen Handelspolitik. Er selbst sei seiner Zeit in einem altmärkischen Wahlkreis nur unterlegen durch die unerhörten Wahlbeeinflussungen der Junker. Er würde sich schämen, auf diese Weise gewählt zu werden. Wie komme Bismarck dazu, ihm solche Vorhaltungen zu machen, derselbe sei ja doch nur der Sohn seines Vaters. (Beifall links.) Die Zukunft werde lehren, hinter wem in dieser Frage die Bauern stehen. — Abg. Zebel (soc.) wendet sich gegen die Behauptung Stöders, er, Redner, habe den Luderbrief erfunden. Ein Abgeordneter, der wisse, daß eine That-sache erfunden und sie hier vorbringe, sei ein elender Kerl; ein Abgeordneter, der so etwas von einem anderen Abgeordneten behauptet, sei ein infamer Kerl. (Bewegung.) Was den „Vorwärts“-Artikel anlangt, so habe dieser weiter nichts erwägt,

als geschichtliche Urtheile über die Hohenzollernfürsten. Alle diese Urtheile stammen von bürgerlichen Geschichtsschreibern, die der Wahrheit die Ehre gegeben hätten. Redner verbreitet sich dann noch über die Agrarfrage, über die Löhne auf dem Lande u. Der Titel Staatssekretär wird dann bewilligt. Die Abstimmung über die Resolution wird vertagt. Morgen 1 Uhr: Vorlage über das Wohnungswesen, Antrag Vorwärts zur Gewerbeordnung, betreffend Theater-Censur. Schluß 5 1/2 Uhr.

Berlin, 29. Januar. Die Budget-Kommission des Reichstags setzte heute die Verathung des Reichs-Eisenbahn-Etats fort und beschäftigte sich mit den zurückgestellten 4,800,000 Mk. zum Ankauf von Grundstücke für die Verlegung des Bahnhofes Reg. Es entspann sich eine lange Diskussion über die Höhe und die Nothwendigkeit der Forderung. Die Minister v. Goltz und v. Thielen legten die Nothwendigkeit in hygienischer Beziehung dar. Die Kommission beschloß auf Antrag des Abg. Müller-Sagan, eine Subkommission einzusetzen, um die Frage einer genauen Prüfung zu unterziehen. Der Rest des Etats ist bis auf diesen Punkt erledigt. Morgen werden die Verathungen über die China-Vorlage in Verbindung mit der Invaliden- und Revaliden-Versicherung beginnen.

### Deutsches Reich.

Die Zustände im Reichstag.

L. Berlin, 29. Januar.

Im Reichstag ist jetzt die allgemeine Meinung die, daß es „so nicht weitergehen kann“. Der Abg. Fürst Bismarck machte sich heute zum Dolmetsch der Gefühle der großen Mehrheit, als er einen Schmerzensschrei ausstieß über die Unerlöschlichkeit der Debatten, die angesichts der fortgesetzten Beschlussunfähigkeit des Hauses durch keinen Schlussantrag abgebrochen werden könne. Es ist eine Stimmung der Verzweiflung, von der die wenigen Mitglieder heimgesucht sind, die seit Wochen den deutschen Reichstag repräsentiren. Am verzweifeltsten aber würde der Präsident sein, wenn ihm nicht sein guter Humor und sein widerstandsähiges Pflichtgefühl obenau hielten. Nur die Socialdemokraten sind mit dem Stande der Dinge bestens zufrieden. Nichts und Niemand kann sie hindern, die längsten Reden zu halten und immer wieder Reden zu halten. Nun wird man freilich nicht sagen können, daß dies an und für sich einen Zustand darstelle, der unter Umständen zu bedauern wäre. Vielmehr könnte mit genau soviel oder noch mehr Recht gesagt werden, daß es ein nützlicher Zustand ist, wenn die Vertreter einer Minderheitspartei die bequeme Gelegenheit finden, ihre Beschwerden vor die Öffentlichkeit zu bringen. Aber das Nützliche und geradezu Nützliche an den gegenwärtigen Verhältnissen ist, daß dieser an sich ganz wünschenswerthe Zustand herbeigeführt wird durch Verhältnisse, die von seinem Parteistandpunkt aus, auch nicht von dem des radikalsten Radikalismus gutgeheißen werden können. Es muß ein Maß in den Dingen sein, und daran fehlt es zur Zeit vollständig. Es ist ein abenteuerlicher Gedanke, der aber doch nach dem Belieben jeder Partei, die Lust dazu hat, verwirklicht werden könnte, der Gedanke nämlich, daß diese Debatten über das Gehalt des Staatssekretärs des Innern noch wochenlang, ja noch länger fortdauern könnten, wofern das Haus beschlussunfähig bleibt. Diese Voraussetzung aber wird so bald nicht verschwinden. Der Reichstag ist chronisch beschlussunfähig, und so hängt es einzig von dem guten Willen jeder Partei ab, ob die „Verathung“ über das Gehalt des Grafen Rasadowsky beendet oder fortgesetzt werden soll. Schließlich sind es keineswegs die Socialdemokraten allein, die den Schluss bisher hinausgezögert haben. Jeder Redner jeder anderen Partei hat es ebenfalls gethan, vor Allem Fürst Herbert Bismarck mit seiner weit ausgeprägten, agrarpolitischen Rede, die bei diesem Anlaß zu halten nicht die geringste Nöthigung vorgelegen hatte, keine innere und keine äußere. Nun muß man aber bei den Klagen über die Verschleppung der Geschäfte im Reichstag sorgfältig unterscheiden zwischen dem, was den Reichstag selbst angeht, und den Wirkungen auf die öffentliche Meinung. So dringend selbstverständlich das Interesse des Reichstags an der Beschleunigung seiner Arbeiten ist, so sollte man nicht übersehen, daß das Publikum doch auch andere Interessen hat und die jetzigen Debatten vielfach mit großer Theilnahme verfolgt. In diesem Sinne wäre alsdann wieder der sonderbare Zustand, unter dem der Reichstag leidet, eher zu ertragen. Er ist auch darum nicht gar so kräftig zu verdammen, weil es schließlich nur besser werden kann, nachdem es schlimmer geworden ist. Das will sagen: Dem Reichskanzler und seinen Kollegen muß möglichst deutlich vor Augen geführt werden, daß es schlechterdings nur ein einziges Heilmittel für diese Noth giebt, nämlich die Zahlung von Diäten oder, wie man es neuerdings nennt, von „Anwesenheitsgeldern.“ Vergebens sucht man nach einem auch nur einigermaßen verständlichen Grunde, aus dem solche Reform immer noch verweigert wird. Die Socialdemokratie hält man durch Nichtzahlung von Diäten ja doch nicht fern, und

gerade diese Partei hat bei der Auswahl ihrer Kandidaten die wenigsten Schwierigkeiten zu überwinden. Es ist lediglich ein Trägheitsgesetz, das die Gewährung einer Verbesserung hindert, von der die Regierung keinen geringeren Vortheil als der Reichstag selber hätte. Denn die Arbeitskraft von Ministern, Staatssekretären und Räten, die jetzt in übermäßig lang ausgeprägten Debatten verbraucht wird, könnte alsdann für die eigentlichen Obliegenheiten des Amtes frei werden.

\* Hof- und Personal-Nachrichten. Die Kaiserin verließ gestern Abend Berlin und traf heute Vormittag wieder in Homburg ein. Der Kaiser trifft im Laufe des Sonntags in Homburg ein, jedenfalls Sonntag Abend. — Die Kronprinzessin Sophie von Griechenland ist gestern Mittag 1 Uhr auf Schloß Friedrichshof eingetroffen. — Der General der Infanterie z. D. Albert v. Rauch, bis zum Jahre 1897 Chef der Land-Gendarmerie, ist gestern in Berlin gestorben.

\* Berlin, 30. Januar. Nachdem die sogenannte Ab- schluß-Prüfung bei den höheren Lehranstalten abgeschafft worden ist, wird die unveränderte Aufrechterhaltung der entsprechenden Reifeprüfung an den Hochschulanstalten unbedenklich empfunden, da man befürchtet, daß dadurch der Besuch der Vorkursanstalten noch mehr steigen wird zum Nachtheil der Hochschulanstalten. Wie die „National-Zeitung“ erfährt, besteht bei der Unterrichtsverwaltung die Absicht, die Reifeprüfung an den Hochschulanstalten einer wesentlichen Umgestaltung zu unterziehen.

\* Preussischer Städtetag. Unter sehr zahlreicher Theilnahme von Delegirten aus allen größeren Städten des Königreichs Preußen begannen gestern Vormittag im Sitzungssaale des Stadtverordneten-Kollegiums in Berlin die Verhandlungen des preussischen Städtetags. Oberbürgermeister Kirchner-Berlin eröffnete denselben mit einem Hoch auf den Kaiser und hob hervor, daß die Vertreter der Städte in erster Reihe die Pflicht hätten, im Interesse der Allgemeinheit zu beraten und daß die letzte Zeit von Neuem daran gemahnt habe, daß es nothwendig sei, daß das Volk hinter seinen Fürsten stehe. Hierauf beschloß die Versammlung die Wahl des Oberbürgermeisters Kirchner-Berlin zum ersten und des Oberbürgermeisters Wender-Köln zum zweiten Vorsitzenden, und des Stadtraths Dr. Hirsfeld-Berlin zum Schriftführer. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete: „Das Kleinbahngesetz und die Gemeinden“, worüber der erste Bürgermeister Dehlers-Halberstadt Bericht erstattete. Der Städtetag nahm einstimmig die vom Referenten vorgeschlagenen Vorschläge, betreffend Stellung der Gemeinden zu dem Kleinbahngesetz, mit dem Amendement des Oberbürgermeisters Wenders-Frankfurt a. M. an, sowie den Antrag der Oberbürgermeister Wenders-Dreslau und Fuß-Riel auf Modifizierung aller bezüglich des Kleinbahngesetzes in den einzelnen Gemeinden gemachten Erfahrungen unter Beifügung von Gesetzesbestimmungen und ergangenen Entscheidungen.

\* Trauriges aus den Reichsländern. In ihren Leitartikeln vom 28. und 29. d. M. über „Politische Zustände und Aufgaben in Elsaß-Lothringen“ bespricht die „Straßburger Zeitung“ den Tiefstand der öffentlichen Moral im Reichsland, den die Regierung durch ihre Wundheil mit den den Landesauschuss beherrschenden Notabilitäten gefestigt gefördert hat, indem sie die politische Gleichgültigkeit und Unmündigkeit der Masse thausicht zu erhalten versucht und Dank einem in reiner Selbstzucht gipfenden Vereins- und Versammlungsrecht jede ihr nicht behagende politische und soziale Volksbewegung zurückgehalten hat. In den ersten 30 Jahren deutscher Verwaltung hat ein System des bürokratischen Absolutismus geherrscht, das eines politisch mündigen Volkes unwürdig ist. Der vom Merkantilismus und der Socialdemokratie begonnene Reaction gegen dieses System muß sich das liberale Bürgerthum, insbesondere die politisch sehr rückständige protestantische Wundheil anschließen und eine Volkspartei ins Leben rufen, die den Kampf gegen jene beiden Richtungen wie gegen den Verwaltungs-Absolutismus und die Notabeln-Herrschaft aufnimmt, der Bevölkerung das Recht freier Bewegung und der Mitbestimmung an den politischen Geschäften ihrer Heimath erstrebt. Das müsse die Parole für die elsaßische Politik im 20. Jahrhundert sein.

\* Unsere Schulden. Aus dem dem Herrenhause zugegangenen Bericht der Staatsschulden-Kommission über die Verwaltung des preussischen Staatsschuldenwesens im Etatsjahr 1899 ist zu entnehmen, daß die Staatsschuld am 31. März 1899 sich auf 6,591,109,704.85 M. belief gegen 6,600,176,965.19 am 31. März 1898. Es hat also eine Abnahme um 9,076,290.54 M. stattgefunden. Geht man im Etatsjahre 11,576,290.54 M. Schulden, wogegen 2,500,000 M. bei der 3-procent. konsolidirten Anleihe hinzugekommen sind. Die Staatsschuld setzte sich am 31. März 1900 zusammen aus

rund 3586.5 Millionen 3/4 proc. vormalis 4-proc konsolidirte Anleihe, 1914.1 Millionen 3/4-proc. konsolidirte Anleihe und 962.4 Millionen Mark 3-proc. Anleihe. Der Rest besteht aus Eisenbahnschulden, hannoverschen und Frankfurter Schulden. An offenen Krediten waren am 31. März 1900 noch vorhanden 306,813,459 M., die nach dem 1. April 1900 bewilligten Kredite von 120,660,000 M. waren bis auf einen von einem anderen Kredit übertragenen Betrag von 13,016,488 M. 70 Pf. am 31. Dezember 1900 noch sämtlich offen, und von den früheren Krediten war in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember nur ein Betrag von 476,548 M. 70 Pf. in Anspruch genommen, so daß die offenen Kredite am 31. Dezember 1900 539 Mill. Mark oder nach Abzug der Eisenbahnobligationen 414 Millionen Mark betragen. Wie viel besonders von den zur Erweiterung des Eisenbahneetzes und zum Bau von Eisenbahnen eröffneten älteren Krediten noch nicht in Anspruch genommen ist, geht daraus hervor, daß aus dem Kredite des Gesetzes vom 3. Juni 1896 (rund 62 Millionen Mark) noch über 37 Millionen Mark und aus dem des Gesetzes vom 20. Mai 1898 (rund 83 Mill. Mark) noch über 63 Millionen Mark zur Verwendung offen sind.

### Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 29. Januar.

Erste Fortsetzung der Beratung des Landwirthschafts-Etats. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Abg. Vogt dem Hause Mittheilung von der großen Springfluth, die in der Nacht vom 27. auf den 28. d. M. über die Städte Leer und Weener in Ostfriesland schreckliches Unheil gebracht hat; zwar sollen Menschenleben, soweit Zeitungsberichte vorliegen, nicht zu beklagen, aber ein unendlich großer Materialschaden angerichtet sein. Ich möchte an das Land einen Appell um Hilfe für die Geschädigten richten, und auch an die Staatsregierung, damit sie nach Kräften für eine Linderung der Noth eintrete. Der Präsident glaubt im Sinne des Hauses zu sprechen, wenn er sein warmes Mitgefühl für die Geschädigten ausspreche und der Hoffnung Ausdruck gebe, daß Alles gethan werde, was möglich sei. Es folgt Fortsetzung der Etatsberatung. — Im Laufe der Debatte bittet Abg. de Witt (Centr.) den Minister um Auskunft, ob die Befürchtung der Arbeiter des Siebengebirges gerechtfertigt ist, daß sie Arbeitsgelegenheit verlieren, wenn die Steinbrüche expropriirt werden, um das Siebengebirge zu verschönern. — Der Minister gab die beruhigende Versicherung, daß der Ankauf weiterer Steinbrüche nicht beabsichtigt sei, da nach den getroffenen Maßregeln die Schönheit des Siebengebirges nicht weiter gefährdet erscheine. — Abg. Schmitz (Str.) trat auf das Wärmste für die Wahrnehmung der Interessen der Kleinbauern bei Abschluß der Handelsverträge ein, sowie für die Weinbauern, in dem er die Nothwendigkeit einer baldigen Aenderung des Reichsweingesezes begründete. Die Erklärung des Ministers, daß eine Novelle zum Weingesez voraussichtlich noch in dieser Session dem Reichstage zugehen werde, wurde von der Mehrheit des Hauses mit großer Befriedigung entgegengenommen. — Abg. Hirsch (freif. Volksp.) führt Bittern zum Beweise an, daß die Getreideproduktion wesentlich gestiegen und auch der Kartoffelbau gewachsen sei. Allerdings habe die Landwirtschaft unter der Leutenoth zu leiden; dafür ständen ihr aber auch Kapitalien zu 3 pCt. zur Verfügung, wo Andere 5 pCt. zahlen müßten. Wenn die Landwirtschaft von den Zinsen eine Besserung erhoffe, so sei sie im Irthum. — Abg. Barth (freif. Ver.) Der Abg. Wangenheim sei gestern schlecht unterrichtet gewesen, wenn er den Getreidekonsum pro Kopf der Bevölkerung auf 132 Kilogramm pro Jahr annahm, das Statistische Amt stelle 178 Kilogramm fest. Beim Arbeiter, der mehr auf die Brodnahrung angewiesen sei, könne man 200 Kilogramm annehmen. Bei ihm würde eine Getreidesteuer fast einem Monatslohn gleichkommen. Nebner fürchtet, daß die Zollserhöhung für Getreide zu Stande kommen und die Handelsverträge beeinträchtigen werde. Dadurch würden die Arbeiter wieder geschädigt, weil alle Ausfichten auf eine Lohnserhöhung hinfällig werden, nicht genug, daß sie schon mehr für ihre Nahrung zahlen. Es sei doch schon vom nationalen Standpunkt nicht gut, wenn man so gewissermaßen Lohnkämpfe provozire. — Abg. v. Zeblich (kons.) wendet sich gegen den Abg. Dr. Barth, der durch seine heutige Rede den Eindruck verstärkt habe, daß er nicht zum Hause, sondern zum Fenster hinaus gesprochen habe. Die Berechnungen Barths stimmten nicht. — Abg. Götze (freif. Volksp.) erklärt v. Zeblich Anschauungen über die Statistik als mehr als naiv. Er, Nebner, gehe noch weiter, wie der Abg. Dr. Barth. Er rechne den Konsum per Kopf der Arbeiterfamilie auf 240 Kilogramm pro Jahr. Das komme einer Belastung von 180 M. für eine fünfköpfige Arbeiterfamilie gleich. Daß die Handelsverträge die Landwirthschaft schädigten, sei nicht wahr, denn die Getreidepreise hingen

weis von der Ernte ab. — Aus der weiteren Debatte ist hervorzuheben die Befürwortung einer größeren Berücksichtigung der Wassergenossenschaften, namentlich in der Rheingegend durch den Abg. Mooren (Centr.), worauf der Regierungsbektrierter erwiderte, daß eine Berücksichtigung bereits in weitgehender Weise stattfinde; im letzten Jahre seien z. B. 50,000 M. staatl. Darlehen an Genossenschaften gewährt worden. — Abg. Wintermeyer (freif. Volksp.) wendet sich gegen den Versuch des Abg. Schmidt (Centr.), die kleinen Landwirthe mit einer Erhöhung der Viehzölle zu trösten. Wenn durch hohe Brodpreise die Kaufkraft der Bevölkerung geschwächt werde, so werde sich das auch beim Fleischgenuß bemerkbar machen. Außerdem sollen ja auch die Zölle auf Futtermittel erhöht werden. Nach einem Zoll auf Obst sei in weiten Kreisen der Obstzüchter kein Verlangen. Damit schließt die Debatte. Das Gehalt des Ministers wird bewilligt und ebenso eine Reihe anderer Titel. — Morgen 11 Uhr: Fortsetzung. Auf Wunsch theilt der Präsident mit, daß er die Etatsberatung bis Donnerstag fortzusetzen und für die nächstfolgende Sitzung am Montag die Ratsvorlage auf die Tagesordnung zu setzen gedenke. Schluß 3 1/4 Uhr.

### Zum Thronwechsel in England.

wh. London, 29. Januar. „Daily Mail“ meldet: In der Ansprache an den deutschen Kronprinzen bei der Invesitur mit dem Hofenbandorden sagte der König u. A. zum deutschen Kaiser gewendet: Er und die königliche Familie schätze den Kaiser nicht nur kraft ihrer blutsverwandtschaftlichen Beziehungen, sondern auch wegen aller seiner hervorragenden Eigenschaften. Er danke insbesondere für seinen trostspendenden Aufenthalt in England. Er sei der Zuversicht, daß diese freundschaftlichen Beziehungen von Dauer sein und die beiden Nationen in gegenseitigem Einverständnis fortfahren werden, mit einander zu arbeiten im Dienste der Sache des Friedens und der Civilisation der Welt.

hd. Berlin, 30. Januar. Als Vertreter der Kaiserin Friedrich bei den Beisetzungsfeierlichkeiten in Windsor ist, wie dem „Total-Anzeiger“ aus Cronberg gemeldet wird, der Oberhofmeister Graf Sodenborff auserselben, der heute aus Schloß Friedrichshof abreist.

hd. Berlin, 30. Januar. Wie aus London gemeldet wird, hat König Eduard Comes gestern verlassen und ist zur Sitzung des geheimen Rathes nach London abgereist. Am Morgen vor der Abreise hatten Kaiser Wilhelm und König Eduard, der dem Frühstück bei herrlichem Wetter im Parke einen Spaziergang gemacht. Kaiser Wilhelm hat den König Eduard, der Chef des Husaren-Regiments Fürst Blicher von Wahlstatt (Pommersches Nr. 5) ist, auch zum Chef des 1. Garde-Dragoon-Regiments Königin Victoria von Großbritannien und Irland ernannt.

hd. Berlin, 30. Januar. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus London despatcht: Trotz verschiedener offizieller Denenkl, die die Meldung erfährt, daß die Stellung des Lord Salisbury durch die Thronbesteigung König Eduards getroffen sei, laufen Gerüchte um und treten täglich bestimmter auf, daß der Premierminister nicht mehr lange im Amte bleiben wird. Thatsache ist, daß Salisburys Beziehungen zum öffentlichen Leben, jedenfalls aber zur Premierchaft ausschließlich auf seine Beziehungen zur verstorbenen Königin zurückzuführen sind. Unter erfahrenen Politikern herrscht die Ansicht, daß das unionistische Kabinett in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht mehr lange bestehen wird.

hd. London, 30. Januar. Der Verbrauch an Blumen für das Begräbniß ist ganz unerhört. Kränze, die über 2000 M. wegen der Größe und Schwierigkeit des Aufstellers kosten, sind in Arbeit. Der Kranz der City, der in seltensten Blumen das Stadtwappen darstellt, wird bis Freitag in Guildhall aufgestellt.

### Ausland.

\* Frankreich. Aus Paris wird gemeldet: Seit einigen Tagen sprach man viel von einem großen Scandal in der Präfektur von Lyon, der zu der Absetzung eines hohen Beamten führen würde. Man weiß jetzt, daß der betreffende Beamte der Divisionschef der Polizei-Abtheilung, Meyer, ist, dessen höchst erbauliche Geschichte der „Globe“ erzählt: Meyer, ein ehemaliger Unteroffizier, der als untergeordneter Beamter in die Lyoner Präfektur eintrat, wußte sich durch seine Intelligenz und seine rastlose Arbeit bis zu dem Grad eines Divisionschefs empor zu arbeiten, und hatte als solcher die ganze Lyoner Polizei unter seinem Befehl, die er demnach beherrschte, daß die mit der Leitung dieses Dienstes betrauten Generalsekretäre sich ganz und gar auf ihn verlassen mußten. Meyer war allmächtig und schlau; er begnügte sich mit seinem Posten und

und Geist so ziemlich ganz vermissen ließ. Optimistische Leute glauben, berühmte Schauspielereinen sollten sogar ein solches Wunder vermögen. Für das Ensemble des Residenz-Theaters, in dem gestern Herr Direktor Rauch und Fräulein Erholz besonders verdienstvoll thätig waren, war der Abend eigentlich ein Triumph. Denn ein Auhungslöcher ohne Theaterzelt hätte in dem Gast, der in Berlin doch gerade im Konversations-Lustspiel einigen Ruf genießt, kaum mehr gesehen, als ein Mitglied des Ensembles, das nicht stört. Paradox, doch — ich vergaß die Toiletten. J. K.

### Aus Kunst und Leben.

h. Frankfurter Schauspielhaus, 29. Januar. Ein Fräulein Rottmann vom Stadttheater in Köln gastirte auf Engagement als „Maria Stuart“ und als „Broni“ im „Meineldbauer“. Eine noch junge, aber entschieden sehr begabte Schauspieler. Das Organ ist von merkwürdig sonorem tiefen Auktlang, klingt dadurch etwas monoton und arm an Modulationsfähigkeit. Man erwartet noch zwei andere Gäste, die sich um die freierwerbende Stellung des Fräulein Irene Triefsch bewerben; man wird darum gut thun, Fräulein Rottmann noch nicht zu binden, und erst ihre Mitbewerberinnen kennen zu lernen.

\* Ameisenblaubheit. In neuester Zeit ist von mehreren Beobachtern der Versuch gemacht worden, die Intelligenz der Ameisen zu leugnen und sie als lebende Automaten hinzustellen, die rein instinktmäßig ererbt und vernünftig erscheinende Handlungen ausführen. Indessen häuft sich die Zahl der Beobachtungen, die sich unter dem eben erwähnten Gesichtspunkt keinesfalls begreifen lassen. Sehr lehrreich ist eine von Subertrop gemachte Beobachtung, die von der „Nature“ mitgetheilt

wird. Subertrop legte eine gelöbete Wespe auf einen von Ameisen begangenen Pfad. Die erste Ameise, welche sich einfand, bemerkte die Wichtigkeit des Fundes und machte kehrt, um bald mit einer größeren Anzahl ihrer Genossen wiederzukehren. Während nun einige derselben sich daran machten, die weicheren, und daher nicht aufbewahrungsfähigen Theile der Wespe zu verzehren, lösten andere Ameisen die härteren Theile ab, um sie für den Winter als Nahrung in den Bau zu schleppen. Subertrop beobachtete nun, wie eins der Thiere zu diesem Zweck an einem abgelassenen Flügel der Wespe zerrte; sie hatte ihn aber kaum einige Centimeter fortbewegt, als ein Windstoß sie mit samt dem Flügel weit zurückwarf. Eine kurze Weile machte sie noch verzweifelte Anstrengungen, dann ließ sie plötzlich nach und beschloß sich damit, Sandkörner, so groß, wie sie sie nur schleppen konnte, auf den Flügel zu wälzen. Nachdem sie auf diese Weise die Beute vor dem Davonfliegen gesichert hatte, ging sie auf die Suche nach anderen Kameraden, die auch, drei Mann hoch, bald erschienen. Im Handumdrehen mußte eine Verstärkung über das zu Unternehmende stattgefunden haben, denn alle vier begaben sich jetzt auf die von der stärksten Regader des Flügels durchgezogene Längsseite desselben und rollten ihn ein, wie man eine Fagone um ihre Stange rollt! Dann bissen sie die Rolle in drei Stücke und zogen vergnügt von bannen. Das ist eine Reihe so vernunftgemäßer Handlungen, daß die Instinkttheorie hier kläglich scheitert.

\* Verschiedene Mittheilungen. Im Befinden des von einem Schlaganfall betroffenen berühmten Professors Derenburg ist eine erfreuliche Besserung eingetreten.

Eine in Pompeji aufgefundenen völlig verfilberte Bronzefigur eines Jünglings von griechischer Arbeit ist dem National-Museum in Neapel überwiesen worden.

### Fenilleton.

#### Residenz-Theater.

Dienstag, den 29. Januar, 2. Gastdarstellung Maria Reisenhofer: „Das zweite Gesicht“. Lustspiel in 3 Akten von Oskar Blumenthal. Regie: Adwin Unger.

Die Hauptmomente des gestrigen Abends waren drei Kostüme, mit denen das gastirende Fräulein Reisenhofer den Besuchern des Residenz-Theaters ihren guten Geschmack in Sachen der Toilette bewies, und denn auch besonders bei den Damen die ihr hierin zweifellos gebührende Anerkennung fand. Die Kritik des gestrigen Abends aber konnte sich mit vollem Recht auf die Konstatierung beschränken, daß das erste Kostüm das eleganteste und geschmackvollste war und dem Modesalon, aus dem es hervorgegangen, auch bei einem internationalen Wettbewerb aller für Damenmoden in Betracht kommenden Kulturvölker die ehrenvollste Anerkennung sichern würde. Das war das künstlerische Ereigniß des gestrigen Abends, denn es auch in das Gebiet der Menschenbeileidung, statt in das der Menschendarstellung gehörte. Wer wird eine so kleine, lebenswichtige Verletzung des ästhetischen Schwerpunktes übel nehmen wollen. Freilich wurde auch ein Stück gegeben, und Fräulein Reisenhofer hatte eine Rolle darin. Doch das war Fräulein Reisenhofer allem Anschein nach Nebenache, und muß es also wohl auch für die Kritik bleiben. Denn daß der Gast dem Konversationsstücken des Blumenthalschen Lustspiels mit der Sicherheit der langjährigen Routine gerecht wurde, kann doch nicht als bedeutende Leistung einer berühmten Schauspielerin angesehen werden. Schwere wiegt auf der anderen Seite jedenfalls, daß sie eine Belebung der farblosen Rolle durch Humor

Weg das ihm zur Zeit der Boulange angebotene Generalsekretariat aus, da er auf seinem Platz bleiben und nicht versetzt werden wollte. Auf Präsesen des Rhône-Departements mußten mit ihm rechnen und der neue Präses, Herr Alapetite, ehemaliger Generalsekretär in Lyon, sandte Meyer in seiner alten Stellung wieder. Vor kurzem extraktierte Meyer und der Präses die 8 Tage hindurch den Generalsekretär der Polizei Meyer, um diesem die Schlüssel seiner Kanzlei abzugeben. Meyer verzögerte die Auslieferung, schleppte sich aber eines Tages, als der Präses ungeduldig wurde, nach seiner Kanzlei, nahm dort zwei große Bündel Akten mit und behielt die Schlüssel, sobald der Präses die Kanzlei von Amtswegen öffnen lassen mußte, ohne daß einer der Untergebenen Meyers dabei als Zeuge dienen wollte, weshalb der Generalsekretär selbst fast 24 Stunden lang in der Kanzlei weilen mußte. Die Untersuchung ergab die verblüffendsten Resultate: Man entdeckte nicht nur eine ganze Sammlung von Polizeiberichten über alle politischen Persönlichkeiten des Departements, darunter auch über den Präsesen, sondern auch eine ausgebreitete Anlage von Mitteilungen, Dank denen Meyer von seiner Kanzlei aus alle Gespräche in den Büros des Präsesen anhörend konnte! Einzelne dieser Mitteilungen waren abgeschnitten worden. Da eine so ausgebreitete Anlage nicht ohne die Mitwisserschaft zahlreicher Beamten eingerichtet werden konnte, so begreift man, welchen Einfluß Meyer ausübte. Der Präses verzögerte Meyers Augenblick, von dem Minister des Innern die Absetzung Meyers zu verlangen, die denn auch erfolgt ist.

**Rußland.** Der Feldmarschall Gurko ist, wie schon gemeldet, auf seinem Gute Sacharow bei Iwer gestorben. Oßip Wladimirovitch Gurko war am 15. November 1828 geboren. Er entstammte einer alten russischen Familie. Gurkos Name war durch einen kühnen Vorstoß im Kriege gegen die Türken sehr bekannt geworden und nachher als Befehlshaber der sämtlichen Garden und der Kavallerie der Westarmee die Verbindungen des in Wien verschanzten Osman Pascha nach Süden abgeschnitten und in dreijähriger Schlacht bei Philippopol geschlagen hatte, galt er in Rußland für einen der hervorragendsten Feldherren. Nach dem Kriege wurde Gurko am 14. April 1879 mit ausgebreiteten Vollmachten zum General-Gouverneur von Petersburg ernannt, allein da er sich nicht im Stande gezeigt hatte, die Anstalten gegen Kaiser Alexander II. zu verhindern, so wurde er 1880 seiner Stellung enthoben und von jeder militärischen Dienstleistung entbunden. Erst Alexander III. rief im Jahre 1882 den General Gurko wieder in den aktiven Dienst zurück und ernannte ihn 1883 zum Generalgouverneur des Mitteldrugsjars Warschau. Gurko galt als Feind der Deutschen und Polen, die seine harte Hand zu fühlen bekamen. Als der polnische Adel, um der Trauer um die zweite Teilung Polens vor 100 Jahren Ausbruch zu geben, beschloß, seine Bälle zu veranstalten, schrieb der Generalgouverneur eine Deputation des Adels mit den Worten an: „Ich werde Euch lehren!“ Erst die Regierung Nikolaus II. hat dem Treiben Gurkos in Warschau ein Ende gemacht. Am 18. Dezember 1894, dem Namenstage des Kaisers, erhielt Gurko seine Entlassung — natürlich aus Gesundheitsrückgründen. General Gurko war aber wirklich krank und er suchte in Berlin und Heidelberg ärztliche Hilfe nach. Dann kehrte er wieder nach Rußland zurück, um das Ende auf seinem Gute abzuwarten.

**Der Freiheitskrieg der Suren.**

hd. London, 30. Januar. Nach einer Meldung aus Kapstadt bringt Deinet nach Süden vor und wirkt zahlreiche Anhänger an. Er scheint eine endgültige Aktion vorzubereiten. Ein bedeutendes Kommando hat Transvaal verlassen und ist in den Freistaat eingedrungen. — Die tägliche Verkaufsliste der englischen Armees in Südafrika enthält für gestern folgende Angaben: 4 Tote, 25 an Krankheit Verstorbene, 23 Verwundete, 1 Gefangener, 15 Vermißte.

hd. London, 29. Januar. Ein hiesiger Militär-Kritiker erklärte in einem Sportklub, Lord Kitchener müsse in 14 Tagen nach Zerückung der Natal-Eisenbahn, welche die letzte Verbindungslinie zur Zufuhr von Lebensmitteln und Munition ist, den Rückzug mit dem Gros Heeres antreten.

hd. Wodum, 29. Januar. Auf eine Anfrage telegraphische der Transvaal-Gesandte Dr. Leyds an den „Wodumer Anzeiger“, ihm sei nichts über die Gefangennahme des Generals Kitchener bekannt.

wh. London, 29. Januar. Reuter meldet aus Pretoria: In einer hier öffentlich verlesenen Proklamation, betr. die Thronbesteigung des Königs Edward VII. von England, wird neben den anderen Titeln des Königs der Titel „Oberster Herr von und über Transvaal“ aufgeführt. (Das Wort herr unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht nur lächerlich, sondern geradezu als eine Verwünschung, die sich vielleicht bitter rächt. D. Red.)

**Aus Stadt und Land.**

Wiesbaden, 30. Januar.

**o. Kaisers Geburtstag.** Anschließend an unsere heutige Notiz bezüglich des offiziellen Festens am Sonntag, den 3. Februar, im Kurhause bringen wir zur Kenntnis, daß der Verkauf von Theilnehmerkarten bis Freitag, den 1. Februar, nur noch ausschließlich bei dem Kurhaus-Reservanten Herrn W. Rütke stattfindet. Die sich jetzt schon übersetzen läßt, steht die Zahl der Theilnehmer, trotz der Verschiebung, gegen die früheren Jahre nicht zurück.

**gs. Residenz-Theater.** Zwei literarisch interessante Abende giebt es Donnerstag und Freitag, Donnerstag „Rosenmontag“ und Freitag „Ueber unsere Kraft“. Beide Stücke werden sich als Zugstücke und haben sich die allgemeine Anerkennung errungen. In Vorbereitung befindet sich „Der Hochzeitsstag“, Schwan von Wilhelm Volters und Königsbrunn-Schaupiel. Herr Manuffi führt die Regie.

**— Vortrag über China mit Lichtbildern.** Der im Dienste des Allg. evangelisch-protest. Missionsvereins stehende Missionar Herr Pfarrer Kranz aus Shanghai wird nächsten Montag, den 4. Februar, Abends 8 Uhr, im Saale der Vorklasse (Freibühnenstraße) einen Vortrag über China unter Vorführung von 100 Lichtbildern halten. Wir machen schon jetzt unsere Leser auf diesen interessanten Vortrag aufmerksam.

**o. Die Finanzen und die Verwaltung der Stadt** im 1899 bis 1900 gestallte sich nach dem Verwaltungsbericht für dieses Jahr in den wesentlichsten Punkten wie folgt: Die Hauptverwaltung (Schaffe des Magistrats 34,000 M., Rechnungsabteilung 1900 M., Bureau und Notariat 22,587 M., 72 Pf., statistische Arbeiten und Stadtarchiv 2422 M., 21 Pf.,

Pensionen und Unterstühtungen 7763 M., 25 Pf., Wittwen- und Weisensversorgung 9116 M., 63 Pf., sächliche und allgemeine Verwaltungskosten rund 60,000 M.) hat insgesamt 148,537 M., 88 Pf., rund 5000 M. mehr als vorgesehen, gestoft. Die Gebäude- und sonstigen Grundstücke haben bei rund 104,000 M. Einnahme und 88,000 M. Ausgaben einen Reinertrag von rund 16,000 M. ergeben, und die Fortentwicklung hat trotz der großen Holzversteigerungen bei den Aufwendungen für den Wald, insbesondere auch Wegenanlagen und Unterhaltung, einen Zuschuß von rund 14,000 M. erfordert. Die Einnahmen betragen rund 25,000 M. und die Ausgaben rund 39,000 M. Der Beitrag zu den Polizeikosten belief sich auf 68,931 M., 84 Pf. Die Straßenerleuchtung kostete nach Abzug von 26,354 M., 80 Pf. Einnahme rund 156,000 M., 11,000 M. mehr als vorgesehen. Für das Feuerlöschwesen wurden 40,600 M. aufgewendet. Die Kapital- und Schuldenverwaltung erforderte bei 358,953 M. Einnahme 1,109,098 M. Ausgabe. Die Ueberflüsse des Gaswerks betragen 248,000 M. und die des Wasserwerks 230,000 M. Die direkte Gemeindesteuer ergab 2,185,960 M., 19 Pf., 68,960 M., 19 Pf. mehr als vorgesehen, die Kasse 705,089 M., 64 Pf., 50,000 M. mehr, die Hundsteuer 37,491 M., die Umfahsteuer 333,451 M., 108,451 M. mehr, und die Luftfahrsteuer 18,858 M., 365 M. mehr. Steuern und Ausgaben zusammen 3,281,849 M. — Diese Steuerergebnisse entsprechen einem Zuschuß von 90 pCt. zur Staats-Einkommen- und von 112½ pCt. der Realsteuern. In diesem Jahre hat sich der Magistrat genüthigt gesehen, um das Budget zu balancieren, den Stadtverordneten die Erhebung von 100 pCt. Einkommen- und 125 pCt. Realsteuern vorzuschlagen.

**— Der Allgemeine Deutsche Gärtner-Verein** (Gärtner-Vereinigung mit dem Sitz in Berlin) agitirt gegenwärtig durch Eingabe bei den städtischen Behörden für jährliche Arbeitszeit und höhere Löhne bei allen unter städtischer Regie ausgeführten gärtnerischen Arbeiten und Angelegenheiten. Der Verein beruft sich dabei auf die bereits erfolgte Verbesserung des gärtnerischen Personals in den Handwerksbetrieben. Auch wird um eine Anerkennung der Handwerksberechtigung nach 15-jähriger Thätigkeit des von der Stadt angestellten gärtnerischen Personals gebeten.

**— Die Krankenkasse für Frauen und Jungfrauen.** E. H., veranlaßt in heutigen Angelegenheit des „Wiesb. Tagbl.“, Seite 4, einen Auszug aus ihrem Rechnungsabschluß für das Jahr 1900. Derselbe wurde bekanntlich im Juli 1884 von den inzwischen verstorbenen Herren Rentner Georg Schäfer und Schlossermeister Hermann Trimbom, sowie von Herrn C. Wöhrer ins Leben gerufen. Voller Verzicht noch heute, wie seit Bestand der Kasse, das Amt des Kassiers und Sekretärs und wurde in der letzten Generalversammlung einstimmig wiedergewählt. In derselben kam auch der schon erwähnte Rechenschaftsbericht in Abwesenheit des durch den Verrückten Herrn C. Wöhrer zur Verlesung und Erklärung. Die Rechnung wird, wie seit Jahren, von sachverständiger Seite geprüft, und zwar diesmal von den Herren Kassier am Allgemeinen Vorkauf- und Sparsassen-Verein A. Schönbach, Buchhalter am Vorkauf-Verein D. Philipp und Kaufmann W. H. Reich. Die Krankenkasse für Frauen und Jungfrauen hat in den 17 Jahren ihres Bestehens recht segensreich gewirkt. Sie bietet ihren Mitgliedern freie ärztliche Behandlung durch den Kassenarzt, Arzneien, Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel, ein tägliches, 20 Wochen dauerndes Krankengeld von 80 Pf., eine Wochenlohn-Unterstützung von 9 M., freie Verpflegung in Krankenhäusern und ein Sterbegeld (Beihilfe im Sterbefall) von 60 M. In Anbetracht dieser Leistungen ist der Monatsbeitrag, welcher vom 1. März d. J. an 1 M., 20 Pf. beträgt, ein möglicher zum 50. Lebensjahre. Anmeldungen sind an die 1. Vorsteherin, Frau Ph. Spies, Hellmündstraße 38, Partierre, zu richten.

**— Ärztliche Fortbildungskurse zu Frankfurt a. M.** Im Anschluß an die in Frankfurt bestehenden Winterkurse für Frankfurter Aerzte werden dieselben in der Zeit vom 11. bis 30. März d. J. drei wöchentliche Fortbildungskurse für auswärtige Aerzte abgehalten werden. Die Kurse werden sich über den ganzen Tag erstrecken. Vormittags werden dieselben im städtischen Krankenhaus, im Siechenhaus und im königlichen Institut für experimentelle Therapie stattfinden und wesentlich die klinischen Fächer umfassen: Innere Klinik (Prof. v. Noorden), Chirurgische Klinik (Prof. L. Rehn), Klinik für Hautkrankheiten (Dr. Herzheimer), Klinik für chronische Krankheiten (Dr. Knoblauch), Gynaekologie (Prof. Sippel), Chemische und mikroskopische Diagnostik (Prof. v. Noorden), Nierendiagnostik (Dr. Reibel); außerdem wird Geh. Rath Prof. Ehrlich moderne Immunitätslehre mit besonderer Berücksichtigung der Serotherapie und Serodiagnostik, und Dr. M. Reichert ausgewählte Kapitel der Hygiene behandeln. Die Nachmittagskurse werden im Innern der Stadt, meistens im Sendenbergianum, abgehalten werden und vorwiegend Spezialfächer umfassen. Es werden Kurse halten: Geh. Rath Prof. Weigert einen histologisch-pathologischen Demonstrationskurs, Direktor Sielert über akute Geisteskrankheiten, Prof. Eisinger: topische Diagnostik der Nervenkrankheiten, Sanitätsrath Dames: geburtsärztliche Operationen, Sanitätsrath H. Rehn: Kinderheilkunde, Seheimrath Prof. Schmidt und Dr. Gustav Spieg: Krankheiten der oberen Luftwege, Dr. Schnaudigl: Augenkrankheiten, Dr. Eulenstein: Ohrenheilkunde, Dr. Reibel: Orthopädie, Heilgymnastik und Massage, und Dr. Brodny: Unfallheilkunde. Außerdem wird in den Abendstunden dieser drei Wochen ein zusammenhängender Vortragskurs über den heutigen Stand der Tuberkulose-Frage abgehalten werden, an welchem sich die Herren Geh. Rath Deltmeier (Hallenstein), Geh. Rath Prof. Ehrlich, Dr. H. H. (Hallenstein), Dr. Reicher, Prof. L. Rehn, Geh. Rath Prof. Schmidt und Geh. Rath Prof. Weigert betheiligen werden. Spezial-Programme sind bei Herrn Hofplakmeister Reichard, Hofstraße 30, erhältlich.

**o. Schadenfeuer.** Heute Vormittag gegen 10 Uhr wurde die Feuerwache nach dem „Hotel zur Rose“ gerufen, woselbst in einem Zimmer des älteren Gebäudes darüber, das ein Stück Wäsche oder dergleichen, das an einem Petroleumsofen zum Trocknen aufgehängt war, sich daran entzündete, ein Feuer ausgebrochen war. Dasselbe erglückte außerdem einen großen Teppich und den Fußboden, wurde aber von dem Hotelpersonal alsbald gelöscht, jedoch die Feuerwache nicht mehr in Thätigkeit zu treten brauchte. Der Schaden soll trotzdem nicht unerheblich sein.

**— Verschwejel.** Das Haus Wallerstraße 48 ist durch Kauf in den Besitz des Herrn Friedrich Franke, Kaufmann

hier, übergegangen. Das Geschäft wurde vermittelt durch die Immobilien-Agentur P. G. Reich, W. R. Röhrenstraße 20.

**— Kleine Notizen.** Die Viehbahn des „Wiesbadener Eisclub“ (Sportplatz am Wollensbruch) ist, wenn die Frostmählen, doch geöffnet. — Wir machen hiermit darauf aufmerksam, daß die Erneuerung der Loose zur 2. Klasse 204. Klassenlotterie spätestens bis zum 5. Februar 6. Abends 6 Uhr, vorgenommen sein muß. — Morgen Donnerstag, Abends 8 Uhr, findet im Kurhause ein „Humoristisches Koncert“ der Kurkapelle statt.

(?) **Flörsheim a. M., 28. Januar.** Auf Anregung des Lokal-Genossenschafts hat sich hier ein Comité gebildet, um den Anschluß des hiesigen Staatsbahnhofs und des Flörsheimer Hofens an die projektirte sogenante „Ländchenbahn“ zu erreichen. Die ins Auge gefaßte Linie soll an der Weidenmühle bei Wiser von der bereits früher projektirten Bahnlinie Wider-Flörsheim-Flörsheim er. abzweigen, das Widerbachthal abwärts an den Mühlen vorbeigeführt und in der Nähe der Mündung des Widerbaches mainaufwärts an der „Chemischen Fabrik, Aktien-Gesellschaft“ und dem Hafen anbei in einem Bogen oberhalb des Dorfes nach dem Bahnhof geführt werden. Das Comité hat an die interessirten Industriellen neuerdings Fragebogen versandt, durch welche ermittelt werden soll, wieviel Kapital die einzelnen Werke bei Anschluß an den Staatsbahnhof Flörsheim und Hofen Flörsheim das Jahr hindurch verschrafen würden. Schließlich ist noch die Frage gestellt, welcher Bahnverbindung mit der Staatsbahn der Vorzug gegeben wird: Flörsheim oder Hattersheim und welche Hafenverbindung vorgezogen wird: Flörsheim oder Ockfen.

**Gerichtssaal.**

**\* Die Grafmann-Broschüre vor dem Reichsgericht.** Aus Leipzig wird gemeldet: Das Landgericht Nürnberg hatte am 5. Oktober v. J. im objektiven Strafverfahren auf Einziehung einer von dem Schriftsteller und Buchdruckereibesitzer Robert Grafmann in Sietlin herausgegebenen Schrift „Die Kirche in der Gegenwart“ gegen die Moral der katholischen Kirche polemisiert. Der Hauptvorwurf der Schrift geht dahin, daß durch die Priester die Unzucht verbreitet werde. Die Revision des Herrn Grafmann als Einziehungs-Interessenten kam vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Sein Vertreter führte aus: Der Angeklagte hatte zuerst 25 Briefe an den Papst geschrieben. Erst als er damit nicht den erwarteten Erfolg gehabt, habe er dann die Moraltheologie des Paters Liguori mit einer daneben gestellten Uebersetzung unter Verfassung einer Kritik herausgegeben. Wenn er bei dieser Kritik Thatsachen fand, die schmerzhaft sind, so mußte er sie kritisieren; darin liegt doch keine Beschimpfung. Hier ist Theorie und Praxis in der katholischen Kirche eine. Was Liguori lehrt, ist nur der Niederschlag der Lehren der römisch-katholischen Kirche. Liguori hat nichts Neues gelehrt. In der Broschüre sind außerdem zahlreiche andere kirchenschriftsteller citirt; sie beschuldigen die Theorie. Die deutschen Geistlichen abzuurtheilen. Der Angeklagte behauptete, daß die Kirche ein Auge zudrücke. Der Papst selbst hat, wie festgestellt ist, die Liguori'sche Moraltheologie empfohlen. Der Reichsanwalt beantragte die Verwerfung der Revision, da das Urtheil keinen Rechtsirrtum enthalte, und die Ansicht des Verteidigers, daß eine Kritik keine Beschimpfung enthalten könne, unrichtig sei. Das Reichsgericht hob jedoch das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

**Lezte Nachrichten.**

Wiesbaden, 30. Januar.

**Freslau, 30. Januar.** Der „Freslauer General-Anzeiger“ schreibt: Anlässlich der jüngsten Ereignisse, besonders aber infolge der Aufkündigung des Vertrages der Firma Casar Wollheim an den Handelsminister, haben die hawitwächlichsten ober-sächsischen Privatruben den bestimmten Entschluß gefaßt, sich an dem von der Regierung angeregten Kohlen-Syndikat nunmehr nicht zu betheiligen. Sie erklären, in der bestehenden Konvention, die unter der kaufmännischen erprobten Mitarbeit des Großhandels, besonders in den ungünstigen Jahren das Beste leistete, eine Institution zu besitzen, die allen Anforderungen voll entspricht. Die Privatruben werden, wie bisher, weiter mit dem Großhandel arbeiten, der der Syndikats-Idee von vornherein un-sympathisch gegenüberstand. — Wir können so viel feststellen, daß die Bildung eines ober-sächsischen Kohlen-Syndikats endgültig gescheitert ist.

**Paris, 30. Januar.** Der „Temps“ berichtet, daß die Meldung, nach welcher der Bischof von Nizza das ihm verliehene Kreuz der Ehrenlegion abgelehnt habe, erfunden ist. Die katholische Presse soll die Nachricht in die Öffentlichkeit gebracht haben, um den Bischof zu verpflichten, diese Ehrenbezeugung abzulehnen.

**wh. Berlin, 30. Januar.** Die Morgenblätter melden: Gestern eine Geisteskrante, welche von einer Wärterin begleitet war, aus einem in voller Fahrt befindlichen Wannsee-bahnzug, als dieser den Bahnhof Siedlich verlassen hatte. Die Wärterin sprang nach und gerieth unter den Eisenbahnzug. Ihr linker Arm und die rechte Hand wurden vollständig vom Körper abgetrennt. Die Geisteskrante blieb unverletzt.

**Volkswirthschaftliches.**

**Geldmarkt.** Coursbericht der Frankfurter Börse vom 30. Januar, Mittags 12½ Uhr. Credit-Actien 208.60, Diskonto-Kommandit 177.80, Deutsche Bank 199.—, Staatsbahn 142.—, Lombarden 26.—, Laurahütte 192.—, Bochumer 173.50, Gelsenkirchener 165.50, Harpener 165.50, 4-proc. Spanier 72.—, Tendenz: fest.

**Die Abend-Ausgabe enthält 1 Beilage.**  
Der unerläßliche Nachdruck unserer Original-Artikel ist verboten.  
Erscheinungsstelle für den politischen und literarischen Theil: W. Schulte vom Weich, für den übrigen Theil und die Anzeigen: C. Röhrenberg, beide in Wiesbaden. Druck und Verlag der W. Schulte vom Weich-Druckerei in Wiesbaden.

# Conservatorium für Musik, Wiesbadener Geigenschule

Methode Professor Joachim,  
Moritzstrasse 17, Director: **Arth. Michaelis**,  
nahe der Adelheidstrasse, Haltestelle der Strassenbahn.  
**Eintritt jederzeit.**

Unterrichtsfächer: Clavier, Violine, Gesang, Violoncell, Theorie,  
Kammermusik, Quartett- und Orchesterspiel.

**Orchester-Aufführungen. Vortrags-Abende.**  
Vorzügliche Lehrkräfte.

Honorar: 30-60 Mk. dritteljährlich, Hospitanten für Kammer-  
musik 10 Mk.

Neu-Anmeldungen nimmt jederzeit entgegen

Der Director: **Arth. Michaelis.**

## Lokal-Gewerbeverein.

Freitag, den 1. Februar 1901, Abends 8 Uhr, im hinteren  
Saale der Restauration „Friedrichshof“, Friedrichstrasse 35:

### Vereins - Abend

mit folgendem Programm:

1. Bericht des Herrn Tapeziermeisters **F. Kaltwasser** über die **Pariser Welt-Ausstellung von 1900.**
  2. **Vorführung** der dochtlosen **Petroleum - Glühlicht - Lampe** der Washington-Licht-Gesellschaft durch deren Vertreter. F 386
- Mitglieder und Freunde des Gewerbevereins ladet zu recht zahlreichem Besuche ein  
**Der Vorstand.**

## Kriegerverein „Germania-Allemania“.

E. V.

Sonntag, den 3. d. M., Nachmittags 3 Uhr:

### Haupt-General-Versammlung

im Vereinslokal.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Präsidenten.
2. Geschäftsbericht des Kassiers.
3. Wahl der Rechnungsprüfer.
4. Neuwahl des Vorstandes, der Vertrauensmänner, der Fahnenträger und der Abgeordneten zu den Versammlungen des Kreis-Kriegerverbandes Wiesbaden (Stadt). F 391
5. Wahl einer Vergnügungs-Commission.
6. Sonstiges.

Am zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

# Walhalla.

Samstag, den 2. Februar:

## IV. Elite-Maskenball.

5 Damen-Preise 5.  
2 Orchester 2.

Zweites Ballorchester:

### Die berühmte Zigeuner-Kapelle

unter Leitung des weltbekannten

#### Zigeuner-Primas Szilagyi.

Dieselbe hatte die hohe Ehre, auf Allerhöchsten Befehl vor **Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser** und vor **Sr. Majestät König Albert von Sachsen** zu concertiren; es ist überhaupt die **erste Zigeuner-Kapelle**, die in **Wiesbaden** concertirt. Die Kapelle besteht nur aus vorzüglichen Solokräften, darunter den berühmten

#### Cymbalvirtuosen Farkas Hálász.

Ballvorschrift: Maske oder Balloostüm (für Herren Frack u. weisse Binde) mit carnestivischem Abzeichen.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Eintrittspreis: 3 Mark, im Vorverkauf 2 Mark.

Im Haupt-Restaurant:

Militär-Concert der 80er Inf.-Kapelle.  
Eintritt 20 Pf.

Im Walhalla-Keller:

Militär-Concert des beliebten Cornett-Quartetts.  
Eintritt frei. 1416

## Krankenkasse für Frauen und Jungfrauen zu Wiesbaden E. H. Rechnungsabluß für das Jahr 1900.

A. Mitgliederstand.		C. Ausgaben.	
Gesamtzahl Ende des Jahres 1900 . . . . . 1641		1. Krankengelder . . . . .	Mk. 7535.—
und zwar a) ordentliche Mitglieder . . . . . 1625		2. Heilliche Behandlung . . . . .	2480.75
b) Ehrenmitglieder . . . . . 16		3. Arzneien und andere Heilmittel . . . . .	4384.18
wie oben . . . . . 1641		4. Verpflegungskosten in Kranken- häusern . . . . .	2465.20
B. Einnahmen.		5. Wöchnerinnen-Unterfügungen . . . . .	1287.—
1. Kassenbestand . . . . .	Mk. 848.87	6. Zurückgezahlte Beiträge . . . . .	0.60
2. Mehrrende Monatsbeiträge . . . . .	376.80	7. Beihilfe in Sterbefällen . . . . .	1620.—
3. Zinsen aus angelegten Geldern . . . . .	425.36	8. Persönliche Verwaltungskosten . . . . .	1917.01
4. Eintrittsgelder . . . . .	190.—	9. Sächliche Verwaltungskosten . . . . .	230.30
5. Monatsbeiträge . . . . .	19317.70	10. Angelegte Capitalien . . . . .	1324.35
6. Beiträge von Ehrenmitgliedern . . . . .	104.—	11. Sonstiges und zwar:	
7. Ordnungsstrafen . . . . .	13.—	a. Abzahlung auf eine Anleihe- schuld beim Allg. Vorshuß- Verein . . . . .	Mk. 350.—
8. Eingelegene Capitalien . . . . .	2920.—	b. Gratification an die Vereins- dienerin für 1899 . . . . .	50.—
9. Nachzahlung . . . . .	11.30	c. Vorlage des Kassiers . . . . .	—08
10. Sonstiges . . . . .	1300.08	12. Unbeibringliche Beiträge . . . . .	322.70
Summe der Einnahmen . . . . .	Mk. 25006.51	Summe der Ausgaben . . . . .	Mk. 23996.12
D. Abchluß.			
Die Einnahmen betragen . . . . .	Mk. 25,006.51		
Die Ausgaben . . . . .	23,996.12		
Rechtlicher Ueberschuß . . . . .	Mk. 1010.39		
Der Ueberschuß besteht aus: Mk. 507.49 in der Kasse und Mk. 502.90 Restbeiträgen, zusammen Mk. 1010.39 wie oben.			

- Das verzinlich angelegte Kassen-Vermögen setzt sich aus folgenden Posten zusammen:
1. Bei der Sparkasse der Nassauischen Landesbank laut Buch Lit. A, Serie II No. 97105 . . . . .
  2. Bei dem Allgemeinen Vorshuß- und Sparkassen-Verein E. G. zu Wiesbaden in laufender Rechnung Guthaben am 31. Dezember 1900 . . . . .
  3. Mk. 1200 3 1/2 % ige preussische Coupons zum Course von 97.— . . . . .
  4. Mk. 1600 3 1/2 % ige besaglichen zum Course von 97.— . . . . .
  5. Mk. 5400 Pfandbriefe der Nassauischen Landesbank Lit. H, K, L zum Course von 95.20 . . . . .
  6. Mk. 1000 Wiesbadener Stadt-Obligation von 1880 zum Course von 92.50 . . . . .
  7. Mk. 900 3 1/2 % ige Deutsche Reichs-Anleihe zum Course von 97.— . . . . .
- Reichs-Obligationen . . . . . 1000.—  
S. G. . . . . 24.35  
Coupons . . . . . 1164.—  
Pfandbriefe . . . . . 1572.—  
Stadtoblig. . . . . 5140.80  
Reichs-Anleihe . . . . . 873.—  
Summe . . . . . 10,679.15

Wiesbaden, den 12. Januar 1901.

Der Kassirer: **C. Röherdt.** F 319

Donnerstag, den 31. cr., Abends 8 Uhr:

# Schluss

unseres diesjährigen

## Inventur - Ausverkaufs

mit 10 % Extra-Rabatt.

Sämmtliche gemusterte Kleiderstoffe,  
Morgenröcke, Costumeröcke, Blousen  
jetzt für den halben Werth.

## S. Guttman & Co.,

Webergasse 8. 1448



Dieser Stiefel für Herren,  
starke Doppelsohlen,

nur 7.50

im  
Mainzer Schuhbazar

von  
Ph. Schönfeld,

Marktstrasse 11,  
im Hause des Herrn Harth, Schweinemetzgerei.  
NB. Damen- und Kinder-Stiefel, sowie alle  
anderen Artikel in bekannt guten Qualitäten zu  
wirklich billigen Preisen. 921

Blisse wird gedrennt bis zu 50 Cmt.  
hoch Kirchgasse 19, 2 rechts.

## Elegante Fräcke

zu verkaufen. 508  
**S. Sulzberger,**  
Herren- und Knaben-Confection,  
Kirchhofgasse 4, nahe der Langgasse.

Oberstabsarzt Dr. Wallentowitz  
**Magenbitter**

empfiehlt  
Apotheker Blum's Flora-Drogerie,  
Gr. Burgstrasse 5. — Telephon 2433.

## Zahn-Atelier

**B. Spiesberger.**  
Sprech. f. Zahnleidende 9-12u. 2-6.  
Langgasse 47. 16139